

Dossier kontrapunkt

Lernen aus der Krise.

Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus

Teil 5: Analysen zur Finanzmarkt- und zur Wirtschaftskrise

5.3. Finanzmarktkrise und Sonderfall Schweiz, ein Interpretationsversuch aus zeithistorischer Perspektive

Peter Hablützel

1. Finanzmarktkrise im Fokus der Zeitgeschichte

Kann man auf den Finanzmärkten global mitmischen und lokal abkassieren ohne nationale Verantwortung für die Folgen dieses Tuns? Sind die Marktkräfte allein in der Lage, Systemkrisen zu verhindern oder zu bewältigen? Und kann sich die Politik lange heraushalten, wenn Finanzmarktkrisen die ganze Wirtschaft bedrohen?

Spätestens seit Herbst 2008 wissen wir, dass das alles auf Dauer nicht möglich ist. Auch nicht für den „Sonderfall“ Schweiz. Erneut und diesmal besonders dramatisch hat eine Krise der Finanzmärkte deutlich werden lassen,

- wie abhängig die Schweiz vom internationalen Umfeld ist. Als kleine, auf den Export angewiesene und mit dem Ausland eng verflochtene Volkswirtschaft sind wir besonders verletzlich. Der „Sonderfall“ Schweiz scheint indes vor allem darin zu bestehen, dass wir grösste Mühe haben, diese Abhängigkeit auch wirklich einzugestehen;
- wie gefährlich ein überdimensionierter und hochkonzentrierter Finanzsektor für die schweizerische Volkswirtschaft ist. Je mehr die Finanzindustrie dem Wahn erliegt, in ihrer Entwicklung von Rückbindungen an die Realwirtschaft und an die Grössenverhältnisse ihrer nationalen Basis unabhängig zu sein, umso mehr wird sie im Krisenfall zum Klumpenrisiko;
- dass die Selbstregulierung der Finanzwirtschaft wohl kaum das geeignete Rezept gegen systemgefährdende Krisen ist. Man kann sich trefflich streiten über mehr oder weniger Regulierung. Aber wenn die Ordnungspolitik dem Marktgeschehen keinen klaren und vernünftigen Rahmen setzt, wird sich der Staat früher oder später zu massiven (und direkten!) Interventionen in die Wirtschaft gezwungen sehen;

- wie sehr die Finanzwirtschaft auf die Erwartungen von Akteuren ausgerichtet und damit vom Vertrauen des Publikums abhängig ist. Jedes Wirtschaften ist letztlich auch eine kulturelle Veranstaltung. Selbst das zweckrationale, auf Effizienz bedachte Wirtschaften in kapitalistischen Systemen stützt sich auf eine Basis von tradierten Werten, die durch kurzfristige Gewinnmaximierung und schnöde Abzockerei leicht ins Rutschen geraten kann.

Ist die Finanzmarktkrise also auch eine Krise der Schweiz? Bis vor kurzem haben das manche Experten ganz anders sehen wollen. Noch im Sommer 2008 konnten das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) und das Volkswirtschaftsdepartement (EVD) in den Finanzmarkturbulenzen keine Bedrohung für die schweizerische Wirtschaft erkennen. Auch der Wachstumsbericht 2008 ortet wie seine Vorgänger die zentrale Herausforderung für die Schweiz nach wie vor darin, den überbordenden Staat in die Schranken zu weisen. Durch die neoliberale Brille erscheint die Welt manchmal in eigenartiger Verzerrung; Hauptsache, sie fügt sich dem Modell und nährt so die Illusion, man könne sie managen.

Unmittelbar vor Bekanntwerden der massiven Eingriffe seitens der Behörden haben bedeutende Exponenten einflussreicher Wirtschaftsverbände die Schweiz noch als glücklichen Sonderfall gepriesen, der Staatsinterventionen nicht nötig habe. „La crise n'existe pas!“ titelte die Weltwoche am 16. Oktober 2008. Schlichte Ignoranz oder billige PR-Übungen für abgestandene ideologische Positionen?

Etwas fällt auf: Je mehr die Finanzindustrie die Realwirtschaft dominiert und die Schweiz in ihre riskanten Spiele auf globalisierten Märkten verwickelt, desto dreister wird die reale Abhängigkeit unseres Landes verleugnet, ja, tabuisiert. Je mehr uns Wirtschaft, Konsumverhalten und Wissen mit Europa und der übrigen Welt eng verbinden, umso penetranter wird die Schweiz als ein Sonderfall zelebriert, der nur im Unterschied und als Gegensatz zum kulturellen Mainstream Europas zu verstehen sei. Meist wird dabei die Geschichte unseres Landes als Argument ins Feld geführt. Aber man vergisst gerne, dass Geschichtsbilder die Ergebnisse von Interpretationen sind. Geschichte ist „Sinnegebung des Sinnlosen“ (Theodor Lessing, 1919). Die „Fakten“ der Vergangenheit beeinflussen unsere Perzeption der Wirklichkeit und damit unser Entscheidungsverhalten weit weniger als die Geschichten, die wir über die Geschichte erzählen.

Historische Betrachtungen tendieren zur Legitimation des Gewordenen. Indem sie nach möglichst stringenten Erklärungen dessen suchen, was sich durchgesetzt hat, stellen sie Entscheidungen und Entwicklungen oft als alternativlos oder als Ergebnis menschlicher, übermenschlicher oder gar göttlicher Planung dar. Diese Art von „Grosser Erzählung“ eignet sich vorzüglich für Biographien mächtiger Männer, für Festschriften erfolgreicher Firmen und bis vor kurzem auch für nationalstaatliche Erfolgsepen.

Aber gerade Erscheinungen wie die Finanzmarktkrise zeigen deutlich, dass es heute schwierig, ja, eigentlich unmöglich geworden ist, wichtige historische Entwicklungen wie den Aufstieg der Schweiz zu einem Finanzplatz von internationaler Bedeutung im Modus nationalstaatlicher Erfolgsgeschichten zu beschreiben. Unter dem Eindruck ihres dramatischen Falls erscheinen auch die märchenhaften Gewinne unserer Grossbanken in einem etwas fahleren Licht. Krisen machen uns kritischer, hoffentlich sogar selbstkritischer. Und sie machen uns auch offener für mögliche Alternativen,

die sich historisch zwar bisher nicht durchsetzen konnten, aber immer noch als Potentiale im Schoss unserer Gegenwart schlummern. Echte Chancen für die Zukunft erkennt man nicht selten beim ernsthaften Versuch, die Vergangenheit in einem andern Lichte zu sehen. Dann kann plötzlich als sinnvoll und wünschbar erscheinen, was bisher unbeachtet blieb oder gar vehement bekämpft wurde.

Sinn entsteht aus Kontexten. Erst vor relevanten Hintergründen und aus der Deutung wichtiger Zusammenhänge kann man etwas als sinnvoll verstehen. Sinn hat eine narrative Struktur; er wird erzählend (re)konstruiert und mit Hilfe von Geschichten transportiert. Allen Geschichten vom Kindermärchen über Autobiographien als Vergewisserungen unserer Identität bis hin zur Geschichte als Wissenschaft eignet eine zeitdifferente Betrachtungsweise: sie beschreiben Ereignisse und Vorgänge, wie sie zeitgleich kaum hätten beobachtet werden können. So mutierte etwa der „Grosse Krieg“ 1914-1918 erst zum „Ersten Weltkrieg“, als sich ein zweiter daraus entwickelt hatte. Geschichte ist eine Konstruktion historischer Wirklichkeit. Sie dient immer auch der politischen Sinnvermittlung, indem sie Entscheidungen und Entwicklungen im Lichte ihrer offensichtlichen oder vermeintlichen Folgen „wahre“ Bedeutung verleiht.

Was nun die Finanzmarktkrise betrifft, so sind ihre Ursachen noch wenig diskutiert und ihre Folgen nur schwer abschätzbar. Wir haben es mit Entwicklungen zu tun, die noch nicht abgeschlossen und selbst unter Spezialisten umstritten sind. Trotzdem möchten wir sie in einer Perspektive sehen, ohne uns im Detailwissen zu verlieren. Wir möchten erkennen, wo wichtige Prozesse ihre Bifurkationspunkte erreichen und eine Wende möglich wird. Wenn ich als Zeithistoriker die Finanzmarktkrise behandle, so muss ich eine einleuchtende Geschichte erzählen, die die heutigen Probleme als Folge früherer Entscheidungen und Prozesse begreifbar macht, dem übermächtigen, chaotischen Strom der Zeit eine strukturbildende Periodisierung entgegenhält und die geschilderten Entwicklungen zum besseren Verständnis in relevante Kontexte bettet. Ob es mir dabei gelingt, die wirklich wichtigen Ereignisse auszuwählen und den richtigen Zusammenhängen Bedeutung zu verleihen, wird erst die Zukunft weisen. Dort liegen die Referenzpunkte für eine zeitdifferente Betrachtungsweise. Deshalb fließen Erwartungen, Ängste und Hoffnungen in die Analyse mit ein und machen Zeitgeschichte zu einem eminent politischen Geschäft.

Historische Interpretationen und politische Programmatik beeinflussen sich gegenseitig; das eine bildet das je relevante Vorverständnis für das andere. Die Gefahr, Zirkelschlüsse zu produzieren, ist offensichtlich. Es gibt aber Situationen, die zum Umdenken zwingen und Tabus aufzubrechen vermögen, und es gibt Einsichten, die bisherige Denkmuster erkennbar machen und damit kommunikativ verflüssigen. In diesem Sinne sind Krisen immer auch Chancen; wir überdenken kritisch unsere Bilder von der Vergangenheit und von der Zukunft und ordnen beide neu aufeinander zu. Bei aller Pfadabhängigkeit bleiben aber künftige Entwicklungen prinzipiell offen; sie werden meist durch unser (politisches) Handeln mitgestaltet, wenn auch nicht immer so, wie es unseren Absichten und unseren Plänen entsprechen würde.

Ich halte die Finanzmarktkrise für eine echte Chance, nicht nur die Finanzmarktpolitik zu überdenken und dabei namentlich die Verschränkungen von Privatwirtschaft und Staat, aber auch die Grenzen nationalstaatlichen Alleingangs kritisch zu diskutieren (Kapitel 4). Auch die ordnungspolitischen Denkmuster gehören auf den Prüfstand, und es ist zu erörtern, ob die Finanzmarkturbulenzen eine Modernisierungskrise darstellen, die gleichsam technisch überwunden werden kann, oder ob sie einer

Krise der Moderne Ausdruck geben, die nach einer umfassenden Neuorientierung im kulturellen Sinne verlangt (Kapitel 5). Erst die Diskussion solcher Kontexte erlaubt eine Ortsbestimmung der Gegenwart, die historische Reflexion mit politischer Programmatik verknüpft. Zunächst sollen aber der erfolgreiche Aufstieg des Finanzplatzes Schweiz zu einer nationalen Institution (Kapitel 2) und dann seine zunehmend problematische Transformation im Zeichen der Globalisierung (Kapitel 3) geschildert werden.

2. Aufstieg des Finanzplatzes zur nationalen Ikone

Die Schweiz als kleines Land gehört zu den grössten Finanzzentren der Welt. Sie ist mit sieben Billionen Franken weltweit der drittstärkste Vermögensverwalter und für ausländische Gelder der absolut wichtigste Tresor. Die Bedeutung des Finanzsektors für die Volkswirtschaft ist in der Schweiz wesentlich höher als beispielsweise in den USA oder Grossbritannien; die Banken generieren hierzulande einen ausnehmend grossen Anteil am Bruttoinlandprodukt (12%), an der Beschäftigung (10%) und am Steueraufkommen (15%).

Noch eine andere Eigenheit des Finanzplatzes Schweiz hat grosse wirtschaftliche und politische Bedeutung: die Finanzindustrie ist so hoch konzentriert wie nirgendwo sonst. Die beiden stark mit dem Ausland verflochtenen Grossbanken bilden mit 90% der Bilanzsumme aller Banken (was im Jahre 2005 immerhin dem Achtfachen der gesamten Wertschöpfung der Schweiz entsprach) ein Klumpenrisiko. Sie sind zu gross geworden, als dass man sie in einer Krise fallen lassen könnte; ihre Insolvenz würde den Zahlungsverkehr lahm legen und die ganze Volkswirtschaft erschüttern. Das hat dazu geführt, dass der Staat in der Schweiz im Herbst 2008 einer einzigen Bank mit einer viel grösseren Geldsumme pro Kopf der Bevölkerung aus der Patsche helfen musste, als etwa die USA für die ganze Finanzwirtschaft aufgewendet haben.

Der Aufstieg des schweizerischen Finanzsektors national zum volkswirtschaftlichen Schwergewicht und international zu einem Finanzplatz von weltweiter Bedeutung ist im Wesentlichen eine Geschichte des 20. Jahrhunderts, genauer: der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Genf spielte zwar schon seit dem 14. Jahrhundert und dann vor allem im 18. Jahrhundert finanziell eine gewisse Rolle; seine Bankiers waren in vergebliche Versuche involviert, das marode Ancien Régime in Frankreich zu retten. Im 19. Jahrhundert wuchs der Bankensektor wie in andern Ländern auch entsprechend den spezifischen Bedürfnissen, die sich durch den fortschreitenden Industrialisierungsprozess ergaben. Aber ein internationaler Finanzplatz konnte sich lange nicht entwickeln; noch bis vor 100 Jahren waren die Bankenplätze der Schweiz nicht viel mehr als Satelliten des französischen Marktes. Es fehlten die staatlichen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Aufstieg unserer Finanzwirtschaft.

Die Verfassung von 1848 übertrug das Münzregal dem Bund. 1865 trat die Schweiz der Lateinischen Münzunion bei, was zu einer völligen Integration der Schweizer Währung in das französische System führte; noch während des Ersten Weltkriegs waren in der Schweiz mehr französische Francs im Umlauf als Schweizerfranken. 1874 erhielt der Bund die Aufgabe, das Banknotenwesen zu regeln, und 1891 das ausschliessliche Recht zur Ausgabe von Banknoten. Aber erst nach schwersten politischen Auseinandersetzungen konnte die Schweizerische Nationalbank 1907

ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen und die notwendigen Voraussetzungen schaffen für eine florierende Finanzwirtschaft in unserem Lande. Ihren Anteil am Aufbau, an der Entwicklung und an der Pflege eines sicheren und effizienten Finanzsystems sollte man nicht unterschätzen.

Die politische Instabilität und die Weltkriege der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, kombiniert mit schweizerischen Standortvorteilen wie Neutralität und Bankgeheimnis, machten Zürich, Genf, Basel und Lugano zu geschützten Häfen für ausländische Vermögen. Die Krisen hatten wie überall zu einer stärkeren Intervention des Staates in die Wirtschaft geführt, aber in der Schweiz hielt sich in manchem eine deutliche Skepsis gegen einen starken (Steuer)Staat, was nicht zuletzt in der Verankerung eines rigorosen Bankgeheimnisses im Bankengesetz von 1934 Ausdruck fand. Mit dem Washingtoner Abkommen 1946 gelang es der Schweiz, aus der Isolation der Kriegs- und frühen Nachkriegszeit auszubrechen. Sie war bemüht, die Konvertibilität des Schweizerfrankens über einen quasi autonomen Nachfolgzug der Bedingungen des Währungssystems von Bretton Woods sicherzustellen, und es gelang ihr bald, sich im beginnenden Kalten Krieg in die amerikanisch dominierte Weltwirtschaft zu integrieren. Damit waren die wesentlichen Voraussetzungen für einen wahren Take off der Schweizer Finanzwirtschaft gegeben, der die Struktur des Bankenplatzes bald grundlegend veränderte.

Mitte des 20. Jahrhunderts generierten die Kantonalbanken noch mehr als 40% des Bankenumsatzes der Schweiz; auf die Gruppe der Regionalbanken und Sparkassen sowie auf die Gruppe der damals noch 5 Grossbanken entfiel je ca. ein Viertel. Dann setzte ein rasantes Wachstum mit Raten ein, die in den späten 1960ern zum Teil über 10% pro Jahr betragen, vor allem einer Explosion des Auslandsgeschäfts zu verdanken waren und hauptsächlich den Grossbanken zugute kamen. Diesen gelang es bald, ihren Anteil am Umsatz auf Kosten der andern Banken zu verdoppeln. Auch damals profitierten die Schweiz und ihr Finanzplatz von den Problemen des internationalen Umfelds. Die wieder neu florierende, auf Hochtouren laufende und ressourcenverzehrende Weltwirtschaft hatte zu teils immensen Inflationsraten und währungspolitischen Verwerfungen geführt, vor denen viele potente Anleger in den Schweizerfranken flüchteten. Die Nationalbank hatte damals noch keine genügende Rechtsgrundlage, um den Ansturm abzuwehren, der unsere Währung immer mehr stärkte und damit tendenziell den Export mit seinen industriellen Arbeitsplätzen gefährdete. Das Noteninstitut musste mittels Gentlemen's Agreements die Banken zum Einverständnis bringen, dass sie sich bei der Entgegennahme von Geldern aus dem Ausland eine gewisse Zurückhaltung auferlegten.

Erst der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods 1971 und der Übergang zu flexiblen Wechselkursen 1973 erlaubten eine eigenständige Geldpolitik der Schweiz. Ab 1975 versuchte die Nationalbank mit einigem Erfolg, die Kaufkraft über eine aktive Steuerung der Geldmenge zu erhalten. Aber wieder wurde der Franken zum Hort für Gelder, die vor hohen Inflations- und Steuerraten anderer Länder in sichere Schweizer Häfen flüchteten und dabei auch unlautere Hilfe von Banken in Anspruch nahmen. Einige Bankskandale – namentlich die 1977 ruchbar gewordenen illegalen Transaktionen italienischer Fluchtgelder durch die Filiale Chiasso der Schweizerischen Kreditanstalt – gaben zu Befürchtungen Anlass, die gesetzlichen Regelungen seien der sprunghaften Expansion des Finanzsektors nicht mehr gewachsen. Die Sozialdemokratische Partei lancierte eine Volksinitiative zum Schutz der Bankkunden und zur Kontrolle der Bankenmacht, die über die Lockerung

des Bankgeheimnisses insbesondere auch die Steuerhinterziehung und die Hortung von Fluchtgeldern bekämpfen wollte. Die Wirtschaft bekam damals die Bedeutung der Medien für ihre Reputation so richtig zu spüren; als Chefredaktor der neuen „Tat“ inszenierte Schawinski eine professionelle SKAandalisierungskampagne. Doch die Finanzinstitute und ihr Verband reagierten geschickt mit einer „Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht der Banken“, und es gelang ihnen mit einer millionenschweren Propaganda, ihr angeschlagenes Image wieder aufzupolieren, so dass die Bankeninitiative in der Volksabstimmung 1984 deutlich auf der Strecke blieb.

Das hohe Ansehen der Banken beruhte aber nicht nur auf PR-Aktionen, von denen mir die Verteilung Zehntausender von SKA-Skimützen an Schulkinder am besten in Erinnerung geblieben ist; die Mützen waren sehr beliebt, wurden aber in den Schulhäusern oft verwechselt, was eine grassierende Läuseplage in der ganzen Schweiz zur Folge hatte. Die Finanzwirtschaft und insbesondere die Grossbanken haben zu einer gewissen Öffnung und zur Modernisierung der Schweiz Wesentliches beigetragen. Bei der Umstellung auf EDV zum Beispiel nahmen sie eine Pionierrolle ein. In Führungs- und Organisationsfragen, bei den Arbeitsbedingungen, in der Aus- und Weiterbildung ihres Personals setzten sie Massstäbe, nachdem noch bis in die 60er Jahre bürokratische Verkrustungen vorgeherrscht hatten. Ich kann mich deutlich an den Sommer 1966 erinnern, als mich die SKA während meiner ersten langen Semesterferien in ihrer Kontokorrentabteilung ein Zubrot verdienen liess. Gespitzte Bleistifte und Ärmelschoner (im wörtlichen Sinne!), sture Routine und strengste Hierarchie prägten den Arbeitsstil. Die „Bankbeamten“, wie sie damals noch hiessen, unterschieden sich kaum von Staatsbeamten, ausser dass sie in den Pausen über Geld redeten und mehrmals täglich die Börsen- und Devisenkurse konsultierten. Wenige Jahre später hat sich das Bild total verändert: mit prunkvollen Neu- und stilsicheren Umbauten sind die Banken zu eigentlichen Tempeln des modernen Kapitalismus geworden, von modernen Menschen bevölkert, die klassische Eleganz mit trendiger Mode, nerviges Engagement mit persönlicher Coolness zu verbinden suchen.

In den 1980er Jahren stand das Kommerzgeschäft im Zentrum der Bankinteressen. Nach dem markanten Konjunkturunbruch 1974/76 war der Wettbewerb viel härter geworden, und die Wirtschaft spürte den Veränderungsdruck deutlich. Eingedeckt von Beratungsfirmen mit den immer neuesten Managementtrends, durchliefen viele Unternehmen radikale Umstrukturierungen und liessen sich dabei mehr oder weniger freiwillig von den mächtigen Grossbanken begleiten, die in fast allen wichtigen Verwaltungsräten Einsitz nahmen. Es war die Zeit des „old boys' network“; man kannte sich recht gut auf den Teppichetagen, wo der Markt mit Kartellabsprachen in geordnete Bahnen gelenkt werden konnte. Auch Insidergeschäfte waren damals noch nicht verpönt.

Die Wirtschaftselite gab sich aber nicht etwa abgehoben. Gerade die Grossbanken pflegten breite Kontakte zur Gesellschaft, namentlich über das Militär. Von der Schweizerischen Bankgesellschaft hiess es, nur Offiziere würden ins Bankkader befördert, und um Mitglied der Geschäftsleitung zu werden, müsse man Oberst im Generalstab sein. Auch zur Politik unterhielten die Banken enge Beziehungen. Ich habe als Persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Ritschard Anfang der 80er Jahre Sitzungen im „Bernherhof“ miterlebt, wo sich die Spitzen von Bankiervereinigung und Grossbanken mit dem Finanzminister sehr offen aussprachen. Gegenseitiger Respekt war auch spürbar, wenn man sich in der Sache mal nicht einig war. Die

Wirtschaftsbosse gaben zwar deutlich zu erkennen, dass sie sich ihres grossen gesellschaftlichen Einflusses durchaus bewusst waren; sie signalisierten aber auch eine gewisse Systemtreue, halfen bei der Suche nach einem Interessenausgleich und stellten den Primat der Politik letztlich nicht in Frage.

Die Grossbanken erfreuten sich steigender Umsätze und wachsender Erträge. Sie sponsorten mittlerweile Sport, Kunst, Kultur und Wissenschaft in grosszügiger Weise und haben ihr positives Image als schweizerische Vorzeigefirmen auch durch die schmerzhaften Konzentrationsprozesse der 1990er Jahren nicht verloren. Nachdem aus einer (in der Schweiz selbst gebastelten) Immobilienblase die Luft entwichen war, kam es zu einer Bankenkrise mit Gesamtverlusten von 40 Milliarden Franken. 1991 musste die Spar- und Leihkasse in Thun ihre Schalter schliessen, und das Fernsehen übertrug Bilder von Schlange stehenden Bankgläubigern, die an die Dreissigerjahre gemahnen konnten. Für mehr als die Hälfte der damals noch über 300 Spar- und Regionalkassen bedeutete der Einbruch der Immobilienpreise das endgültige Aus, allerdings ohne dass Kleinsparer ihr Geld verloren. Auch manche Kantonalbanken brachten sich in echte Schwierigkeiten. So produzierte etwa die Berner Kantonalbank, die sich auch auf undurchsichtige Geschäfte mit dem Raider Werner K. Rey eingelassen hatte, einen Verlust von 2,6 Milliarden Franken, was die Steuerzahler noch lange belastete. Die überlebenden Banken verstärkten in der Folge die Zusammenarbeit oder fusionierten zu grösseren Gebilden wie etwa der Valiant Bank und legten damit die Grundlage für künftige Erfolge. Aber das grösste Erbe beim Bankensterben traten die Grossbanken an. Ihr Engagement wurde meist als Chance für die Erhaltung flächendeckender Dienstleistungen im Finanzsektor begrüsst. Dank der Ausdehnung ihres Filialnetzes konnten die Grossbanken aber später auch Rationalisierungsmassnahmen einleiten, die den Kundenwünschen im Retailgeschäft nicht immer ganz entsprachen. Die nun folgende Flurbereinigung auf dem Finanzplatz Schweiz führte über verschiedene Fusionen zu einem gewaltigen Konzentrationsprozess, aus dem schliesslich allein die UBS und die Credit Suisse als den Schweizer Markt beherrschende und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Universalbanken hervorgingen.

Die Gefahren dieser besonderen Struktur unseres Finanzplatzes hat man lange nicht sehen wollen. Labt sich die kleine Schweiz an der schieren Grösse und an der Macht ihrer Bankgiganten? Versuchen wir Schweizer das „Unbehagen im Kleinstaat“ (Karl Schmid, 1963) mit einem überdimensionierten Finanzplatz zu kompensieren? Vielleicht handelt es sich hier um eine ähnlich tabuisierte Geschichte wie bei der überdimensionierten Schweizer Armee. Welchen Stellenwert hat der Finanzplatz für unsere nationale Identität? Besteht der „Sonderfall Schweiz“ eigentlich darin, dass wir uns als kleines, exportorientiertes Land mit dem Finanzplatz und von diesem Finanzplatz noch stärker abhängig machen, diese gefährlichen Interdependenzen aber einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen? Wie wichtig ist uns ein rigoroses, auch die Steuerhinterziehung begünstigendes Bankgeheimnis, obwohl es die Schweiz auf dem internationalen Parkett zur „Hehlernation“ stempelt und sie in immer grössere Schwierigkeiten bringt? Manche Fans möchten das Bankgeheimnis gar auf Verfassungsstufe verankern. Für sie ist dieses historische Relikt aus den Dreissigerjahren zum Symbol für die „Swissness“ geworden. Aber man kriegt den Eindruck, dieses Ansinnen sei selbst den Banken eher etwas peinlich. Zumal den Grossbanken, die mit Patriotismus kaum mehr was am Hut haben, seit sie sich von nationalen Institutionen zu globalisierten Finanzkonzernen gewandelt haben.

3. Globalisierung von Märkten und Mentalitäten

Der Aufstieg des Finanzplatzes Schweiz zu einer nationalen Ikone von internationaler Bedeutung ist nur verständlich, wenn wir einen Blick auf die Verschiebungen in der wirtschaftlichen Tektonik werfen, mit denen diese Erfolgsgeschichte in Verbindung steht. Die kleine Schweiz hat das grosse Geld schon seit je im Geschäft mit dem Ausland gemacht. Vom Passhandel über den Menschenhandel der Reisläuferei bis hin zum Aufstieg von Handelshäusern, Tourismus und Industrie seit dem vorletzten Jahrhundert war wirtschaftlicher Erfolg stets stark vom Austausch mit dem Ausland abhängig. Die fleissig gescheffelten Vermögen, die ihren Ausdruck einst in herrlichen Patrizierhäusern in Städten, Marktflecken und zu Lande gefunden haben und heute mit protzigen Villen am Zürich-, Zuger- und Genfersee zur Schau gestellt werden, sind selten den bescheidenen Erträgen unserer kargen Böden abgerungen worden.

Was nun den Finanzplatz betrifft, so muss man deutlich unterscheiden: Während die Privatbanken auf den historischen Plätzen Genf, Basel, St. Gallen, Zürich und später auch Lugano schon immer mit dem weltoffenen Grossbürgertum verbunden waren und sich vorwiegend der Verwaltung respektabler, auch ausländischer Vermögen und dem Handel mit Luxusgütern widmeten, versorgten Sparkassen, Regional- und Genossenschaftsbanken vor allem Gewerbe, Landwirtschaft und Hauseigentümer mit aus dem Zinsdifferenzgeschäft billig refinanzierten Krediten; die Kantonalbanken als eine Errungenschaft der Demokratischen Bewegung der 1860er und 70er Jahre sind ausdrücklich im Interesse des kleinbürgerlichen Mittelstandes gegründet worden. Demgegenüber entwickelten sich die Grossbanken parallel mit der Finanzierung grosser Industrievorhaben, namentlich im Verkehrs- und später im Energiebereich; sie engagierten sich in der Exportfinanzierung, stiegen aber erst relativ spät in die Vermögensverwaltung und in das breite Retailgeschäft ein.

Auch in der Nachkriegszeit blieb der Finanzplatz vorerst von der Industrie dominiert. Er finanzierte ihre Investitionen und Exporte, optimierte ihre Kosten und Erträge und versicherte ihre Risiken. Bezüglich Macht und Bedeutung blieben die Banken aber eindeutig als Nummer zwei hintern der Grossindustrie zurück, die hierzulande dank einer willfährigen, strukturerhaltenden Fremdarbeiterpolitik noch lange einen riesigen Anteil an Beschäftigung und Wertschöpfung, aber auch an politischem Einfluss halten konnte. Sehr gut illustriert lässt sich dieser Sachverhalt beim Stempel, einer Abgabe, die seit 1918 auf allen Wertpapieremissionen geschuldet war. Vor allem seit der Entstehung des Eurobondmarktes in den 60er Jahren erwies sich diese Steuer für den Finanzplatz Schweiz als Wettbewerbsnachteil gegenüber London, Paris und Luxemburg. Eine Gesetzesrevision führte 1973 gegen den Willen der Banken eine generelle Umsatzabgabe auf allen Transaktionen von Wertschriften ein, auch auf ausländischen Obligationen. Als nach mehreren erfolglosen Vorstössen mit einer Gesetzesrevision 1991 der Stempel auf Obligationen ausländischer Schuldner endlich abgeschafft wurde, war das lukrative Eurobondgeschäft längst nach London abgewandert und liess sich nicht mehr in die Schweiz zurückholen. An dieser Geschichte ist speziell interessant, dass 1973 nicht nur die Etatisten am Stempel als bedeutender Einnahmequelle des Bundes festhalten wollten. Es gab auch eine Interessenkoalition von Exportwirtschaft, Zulieferbetrieben, Arbeitnehmerschaft und Währungsbehörden gegen einen zu rasch wachsenden Finanzplatz, weil sie eine

Attraktivitäts- und Wertsteigerung des Frankens und dadurch eine Gefährdung des Arbeitsplatzes befürchteten. 1991 gab es diese Interessenkoalition nicht mehr, und die wirtschaftliche Tektonik hatte sich gewaltig verschoben. Nun war auch die Schweiz zu einer Dienstleistungsgesellschaft geworden, und die Finanzwirtschaft gab fortan in der „nationalen Liga“ der wirtschaftlichen und politischen Kräfte den Ton an, obwohl ihr eigentliches Interesse bereits dem „Weltcup“ global agierender Bankgiganten galt.

Noch in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hielt sich – zumindest was Europa betrifft – die Tradition, dass Manager und Eigner ihre Unternehmen als produzierende Einheiten zu erhalten und zu stärken versuchten. Sie investierten nicht, um den Aktienwert zu steigern, sondern um Erträge zu erwirtschaften, die das Überleben der Firmen und damit auch der Arbeitsplätze langfristig sichern sollten. Gerade das Wirtschaftswunder liess aber das Finanzvermögen anwachsen, während die Märkte in manchen Branchen eine gewisse Sättigung erfuhren und die Gewinne infolge intensiverer Konkurrenz zu schrumpfen begannen. Anfang der 70er Jahre brach das System fixer Wechselkurse zusammen; der Devisenhandel entglitt der nationalstaatlichen Kontrolle, was den Finanzmärkten mächtig Auftrieb gab und in der Folge eine beispiellose Welle wirtschaftlicher Deregulierung und Globalisierung auslöste. Immer mehr dominierten seither rein finanzwirtschaftliche Sichtweisen das politische und das wirtschaftliche Geschehen. Der shareholder value wurde zum einzig gültigen Kriterium erfolgreichen Wirtschaftens hochstilisiert. Die Top-Manager sind seither dazu verpflichtet, alle ihre Entscheide auf eine überdurchschnittliche Wertsteigerung der Aktien auszurichten. Mit grosszügigen materiellen Anreizen versucht man sie auch entsprechend zu motivieren und hofft, damit die Principal-Agent-Problematik im Sinne der Kapitalinteressen zu entschärfen, ohne allerdings in Rechnung zu ziehen, welche neue Missbrauchsmöglichkeiten dadurch entstehen.

Im hohen Stellenwert des direkten finanziellen Erfolgs kommen aber nicht nur die persönlichen Interessen der Manager und Financiers zum Ausdruck; es spiegelt sich darin auch der Umstand, dass fast die ganze Bevölkerung an der Börse investiert ist, zumindest als Mitglieder von Kassen der beruflichen Vorsorge, die meist auf hohe Kapitalgewinne angewiesen sind, wenn sie ihre Versprechungen erfüllen wollen. Die vorwiegend finanzielle Sichtweise bewirkt eine immer kurzfristigere Orientierung des Managements, was den Aufbau von Potential für die Zukunft erschwert. Oft werden die erwirtschafteten Erträge in den profitabler erscheinenden Finanzsektor statt in die Realwirtschaft re-investiert. Damit liefert sich die ganze Wirtschaft der kurzfristigen, spekulativen Logik der Börsen und ihrer Analysten aus, und oft über Jahrzehnte erarbeitete reale Werte können gleichsam mit einem Federstrich zunichte gemacht werden. Das Problem liegt darin, dass es an den Börsen und überhaupt in der modernen Finanzindustrie mit ihren komplexen Produkten immer weniger um echte Werte geht als vielmehr um Erwartungen bezüglich Wertveränderung in monetären Preisen. Hier herrschen – in authentischen Worten von Börsenprofis – neben dem Herdentrieb die reine Gier und Angst. Sie schlagen sich rasch in einer irrationalen Verstärkung von Aufwärts- und Abwärtstrends nieder. Man staunt, dass sich unsere Wirtschaftswelt, die sonst nur rationalen Modellen vertraut, an so zentraler Stelle von volatilen, ja, chaotischen Prozessen steuern lässt, die das ganze System gefährden können. Aber bisher hat man diese Irrationalität offenbar als Preis für eine scheinbar unabhängige, vermeintlich unpolitische und sich selber steuernde Steuerung der Wirtschaft als eines teilautonomen, selbstreferenziellen Systems in Kauf genommen.

Die Machtverschiebung von der Realwirtschaft zur Finanzwirtschaft ist vor allem auch ein Phänomen der Globalisierung. Schon Rudolf Hilferding hat in seinem „Finanzkapital“ (1912) aufgezeigt, wie Welthandel und Kapitalverflechtung ausgangs des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Vormachtstellung der Banken und der Finanzwirtschaft führten. Wenn man die internationale Durchdringung von Wirtschaftsräumen betrachtet, so war bereits 1913 ein hoher Globalisierungsgrad erreicht, der erst in den letzten zwei Jahrzehnten wiedererlangt und überschritten wurde. So gesehen kann man die Globalisierung als säkularen Trend verstehen, der 1914 bis 1945 durch Kriege und Krisen nur mittelfristig unterbrochen wurde. Was aber die jüngste Globalisierungswelle von früheren unterscheidet, sind die neuen Möglichkeiten der Informations- Kommunikationstechnologie, die auch das Bank- und Börsenwesen revolutioniert haben. Nicht nur dass heute praktisch auf der ganzen Welt zeitgleich die selben Informationen zur Verfügung stehen; im Devisen- und Interbankengeschäft werden täglich und stündlich Riesensummen verschoben, die man sich vor lauter Nullen gar nicht mehr richtig vorstellen kann. Die unglaubliche Beschleunigung und Verflechtung der Geldströme und die virtuelle Geldschöpfung durch die Finanzindustrie hat auch die Gestaltungsmacht der Zentralbanken arg beschnitten. Das komplexe Netzwerk von Finanzintermediären macht zwar kleinere Probleme und Krisen im System relativ rasch behebbbar, lässt aber grosse Probleme als Krisen des Systems auf das ganze Netz durchschlagen, vor allem wenn das Vertrauen zwischen den Akteuren erschüttert ist.

Der Finanzplatz Schweiz hat sich in dieses globale System erfolgreich integriert. Er verfügt zwar über ein hohes Ansehen, ein gutes Know-how und modernste Infrastrukturen, aber viele früheren Standortvorteile haben sich seit den 1990er Jahren merklich relativiert. Vor allem die Grossbanken bauten deshalb ihre Positionen in London, New York, Singapur und anderen Kapitalen des Kapitals über den Zukauf wichtiger Firmen aus. Das hat zwar öfters zu spürbaren Kulturkonflikten geführt, aber zumindest an ihrer Spitze sind die beiden Grossbanken global, oder besser: amerikanisch geworden. Die Mentalität unterscheidet sich von der Kunden-, Qualitäts- und Sicherheitsorientierung, mit der die Banquiers früher die traditionell hohe Sparquote in unserem Land zu pflegen versuchten. Es geht jetzt mehr um den lukrativen „Deal“, für den man auch hohe Risiken eingeht. Und es geht namentlich um Grösse der quantitativen Art: Umsätze, Gewinne, Löhne und Boni – nur hohe Summen spiegeln den Erfolg und stärken das Selbstbewusstsein, auch wenn dabei wichtige Relationen und die Verankerung in der heimatlichen Basis verloren gehen.

4. Finanzmarktkrisen und Finanzmarktpolitik

Die Dominanz der Finanzen hat die moderne Gesellschaft in eine neue Ära geführt. Der Finanzsektor hat sich immer stärker spezialisiert und ist mit seinen kaum noch durchschaubaren Produkten zur „Finanzindustrie“ geworden, ein Begriff, den man früher bezeichnenderweise nicht kannte. Diese Industrie hat sich in ihrer Entwicklung quasi verselbständigen können, wirkt aber trotz ihrer scheinbaren Autonomie immer wieder und massgeblich auf die Realwirtschaft zurück. Wie wir nicht erst seit 2008 wissen, kann sie mit grosser Durchschlagskraft auf die Geschehnisse von Politik und Gesellschaft Einfluss nehmen. Die negativen Folgen dieses Systems sind schon lange sichtbar. So führt es zu Disparitäten weltweit, aber auch innerhalb von

Nationen und Organisationen akzentuiert es die Gegensätze und verstärkt damit die bereits vorhandenen Ungerechtigkeiten. Hochproblematisch sind seine zyklischen Krisen, die nach einer euphorischen Aufblähung gewinnverheissender Geschäfte plötzlich zu Riesenverlusten und gewaltigen Umverteilungen führen. Es ist hier nicht der Ort, um die verschiedenen Finanzmarktkrisen vom Börsencrash 1987 über mehr regionale Krisen der 90er Jahre bis hin zum Platzen des „dotcom bubble“ im Jahr 2000 ausführlicher zu diskutieren. Die Zentralbanken haben jeweils und meist in Absprache unter einander das Bankensystem mit genügend Liquidität versorgt, um die Auswirkungen der Krisen in Grenzen zu halten. Die Erschütterungen waren bisher nicht ausreichend, um dem globalen Finanzsystem auch eine globale Regulierung zu verpassen; selbst international ausgehandelte Vereinbarungen wie Basel II basieren letztlich auf Freiwilligkeit. Erst die gegenwärtige Krise hat ein Ausmass erreicht, das wohl kaum die Rückkehr zum Business as usual erlaubt. Die Zeichen, dass sich eine globale Regulierung der Finanzmärkte anbahnt, sind denn auch unübersehbar.

Die Finanzkrise 2008 zeigt auch deutliche Verwerfungen weltpolitischen Gewichts, deren Folgen vorerst nur schwer abschätzbar sind. Wenn im globalen Kreditsystem wesentlich mehr Geld geschaffen wird, als der realen Wertschöpfung und der Wirtschaftsentwicklung angemessen wäre, dann müssen diese überschüssigen Geldwerte durch zyklische Krisen oder/und durch eine langfristige Inflation (v.a. der Leitwährung) wiederum vernichtet werden. Und das hat gewaltige Umverteilungen zur Folge, die auf die Dauer wohl kaum so einfach hingenommen werden. Wie lange wollen China, Europa und die OPEC-Staaten den amerikanischen Superkonsum auf Pump als problematischen Motor der Weltkonjunktur noch mitfinanzieren? Oder sind die Gläubiger letztlich von den Schuldnern abhängig im Sinne des Bonmots „wenn ich der Bank eine Schuld von 1000 Franken nicht zurückzahlen kann, habe ich ein Problem; wenn ich aber eine Schuld in Milliardenhöhe nicht begleichen kann, hat die Bank ein Problem“? Ob die USA als heute immer noch grösste und produktivste Volkswirtschaft an Einfluss verlieren, ist sehr die Frage. Wirtschaftliche und politische Konflikte aber sind absehbar; namentlich eine stärkere Blockbildung erscheint für die Zukunft wahrscheinlich. Man kann nur hoffen, dass die Schweiz die neuen Machtverhältnisse, ihre geopolitische Lage, die eigenen Chancen und Risiken realistisch einzuschätzen weiss und dass sie die ihr daraus erwachsenden aussen-, wirtschafts- und ordnungspolitischen Hausaufgaben noch rechtzeitig anpacken kann.

Die Finanzmarktkrise ist in Bezug auf eine international konzertierte Steuerung eines längst global gewordenen Geschäfts eine echte Chance. Und die Schweiz müsste aufgrund ihrer strukturellen Risiken an einer internationalen Regelung und Aufsicht der Finanzmärkte eigentlich besonders interessiert sein. Aber sie wird in dieser Hinsicht politisch kaum aktiv, obwohl sie als eine „finanzielle Grossmacht“ bei der Neuregelung sicher auch angemessen mitreden könnte. Steht dahinter die Angst der Politik vor einer Polarisierung, wie wir sie in aussenpolitischen Fragen immer wieder befürchten müssen? Oder ist der Grund ein problematisches Verständnis unserer nationalen Interessen? Unser politisches System ist zwar föderalistisch verankert und direktdemokratisch legitimiert. Aber es hat immer wieder die Tendenz, sich von gut organisierten Interessen vereinnahmen zu lassen. Auch was die Bankenaufsicht betrifft, so wird man den Eindruck nicht los, dass sowohl die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) wie auch das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) zumindest zeitweise in eine fatale Objektnähe gerieten und den sophisticateden Risikomodellen der Grossbanken eher unkritisch aufgesessen sind. Die Schweiz hat

zwar nach amerikanischem Diktat die Insider-Geschäfte verboten, die Sorgfaltspflicht der Finanzintermediäre verschärft und strenge Vorkehrungen gegen die Geldwäscherei getroffen. Aber man wird den Eindruck nicht los, dass die Bundesbehörden im Grunde der Vorstellung verpflichtet sind, es müsse auch im langfristigen Interesse der Schweiz liegen, was im kurzfristigen Interesse ihrer Banken sei. Möglich, dass für diese Haltung auch die Aussichten auf satte Steuereinnahmen eine Rolle spielte. Aber wenn man die 68 Mrd. in Rechnung stellt, die das UBS-Abenteuer den Steuerzahler letztlich kosten könnte, dann schmelzen die Bundeseinnahmen aus den Bankgewinnen der letzten Jahre dahin wie der Schnee an der Merzensohle.

Auch die neue Finanzmarktaufsicht, die auf Anfang 2009 in Kraft treten soll, erweist sich als eine rein organisatorische Umstrukturierung. Die Politik wird dadurch nicht geändert. Da zeigt sich die Schweizerische Nationalbank doch etwas fortschrittlicher. Schon dass sie ihre Geldpolitik seit 1999 nicht mehr an einer durch Geldschöpfung der Banken weitgehend irrelevant gewordenen Geldmenge, sondern an Zinssätzen des Interbankgeschäfts ausrichtet, zeigt ihr systemisches Verständnis moderner Finanzmarktsteuerung. Dem Vernehmen nach war es auch die Nationalbank, die frühzeitig vor einer Systemkrise warnte, im Frühjahr 2008 die UBS zu einer raschen Rekapitalisierung veranlasste und die Staatsintervention vom 16.10.08 massgeblich vorangetrieben hat.

Die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz hängt stärker als auch schon von der Finanzmarktpolitik ab. Das wissen auch die Banken. Sie setzen zum Teil vermehrt auf die Qualität des Swiss Banking, was zweifellos vernünftig ist, denn die Beihilfe zur Steuerflucht wird kaum mehr lange Grundlage florierender Geschäfte sein, wie die amerikanischen Erfahrungen deutlich machen. Ob allerdings die Ansiedlung von Hedgefonds-Managern mit Hilfe grosszügiger Steuerprivilegien, wie sie den Banken und dem EFD offenbar im Sinne einer Cluster-Politik vorschweben, eine Alternative sein können, die auch in der Öffentlichkeit mitgetragen wird, darf angesichts der hitzigen Debatte über Entschädigungen im Bankgewerbe füglich bezweifelt werden.

Wäre es nicht an der Zeit, über Dimension und Struktur, über Vor- und Nachteile des Finanzplatzes und über seine Spezialitäten, auch Bankgeheimnis und Rechtshilfe, offen zu debattieren? Mit welchen Folgen wären eine Gesundschumpfung, eine Aufteilung der Grossbanken durch Abspaltung des Investmentbanking oder durch Trennung des Ausland- vom Inlandgeschäft verbunden? Soll die Finanzmarktaufsicht dem Nutzen der global agierenden Banken oder doch eher nationalen Interessen des Landes und seiner Einwohner verpflichtet sein? Oder könnte es gar gelingen, diesen Widerspruch durch eine internationale Regulierung aufzuheben?

5. Neoliberalismus und Modernisierungsprozess

Mit der Finanzindustrie ist das Flaggschiff der neoliberalen Wirtschaft in arge Seenot geraten. Wäre ein Andocken im Hafen des Etatismus eine vernünftige Alternative? Und ist die Dichotomie „Markt oder Staat“ noch eine angemessene Kategorie, um Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Zukunft zu beschreiben? Nach Problemen der Finanzmarktpolitik sollen nun ältere und tiefere Schichten der gesellschaftlichen Tektonik gestreift werden, die in der gegenwärtigen Krise ebenfalls aufzubrechen

scheinen. Dazu gehört in erster Linie die ordnungspolitische Frage, wie Märkte verfasst sein müssten und wie die gesellschaftlichen Subsysteme Wirtschaft und Politik mit einander interagieren sollten. Im Streit um diese Frage könnte die gegenwärtige Krise eine Wende bedeuten. Die letzten zwei Jahrzehnte waren geprägt vom Primat des Marktes. Der Liberalismus schien erneut an Attraktivität zu gewinnen, jedenfalls was die Kritik am traditionellen Etatismus betrifft. In Abwandlung eines älteren Dahrendorf-Zitats (wir seien alle etwas zu Sozialdemokraten geworden) könnte man heute sagen, dass wir fast alle ein bisschen neoliberal geworden sind.

Der Kapitalismus als privatwirtschaftlich dominierte Gesellschaftsformation hat in seiner historischen Entwicklung unterschiedliche Ausprägungen hervorgebracht. Als Rheinischer Kapitalismus oder Soziale Marktwirtschaft reüssierte im Europa der Nachkriegszeit ein Modell, das auf der Basis eines Klassenkompromisses lange Zeit ein rasantes, krisenfreies Wirtschaftswachstum, mehr Wohlstand für alle und den Ausbau der sozialen Sicherheit zu garantieren versprach. Diese Form des modernen Kapitalismus trug in den meisten Ländern mehr oder weniger neokorporatistische Züge, indem Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften mit dem Staatsapparat eng kooperierten und damit die Politik weitgehend beherrschten. Im Ergebnis resultierte ein oft bevormundender, bisweilen lähmender Etatismus, dessen nationale Enge kaum zur kräftig expandierenden Wirtschaft, zur neu gewonnenen Mobilität und zum kulturellen Aufbruch (1968!) passen wollte. Währungspolitische Turbulenzen und der realökonomische Einbruch der 1970er Jahre liessen die Grenzen nationalstaatlicher Steuerung nach keynesianischen Rezepten erkennen und trieben die öffentlichen Haushalte in tiefrote Zahlen, womit sich der Fokus der politischen Diskussion stärker auf die Kritik am Neokorporatismus und am Staatsversagen zu richten begann.

Seit den 1980er Jahren hat sich international (mit Thatcher und Reagan) und national (mit der FDP-Parole „Mehr Freiheit, wenig Staat“) ein eher seichter Neoliberalismus breit gemacht, der den Staat zum eigentlichen Problem der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung stempelt und den freien Markt als Universalrezept beschwört. Ganz vergessen scheinen die grossen Denker des Neo- oder besser: des Ordoliberalismus, die noch Mitte des 20. Jahrhunderts einen politisch gesetzten starken staatlichen Rahmen mit guten Gründen als unabdingbar für das Gedeihen einer Marktwirtschaft hielten. Die Implosion des Sowjetreichs und die wirtschaftliche Öffnung Chinas erschienen vielen Protagonisten als „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) in dem Sinne, dass sich die freie Marktwirtschaft nun weltweit und endgültig durchgesetzt habe. Manche verstiegen sich gar zur kecken Behauptung, die Märkte könnten sich selbst regulieren, es brauche weder einen ordnungspolitischen Rahmen noch eine sozialpolitische Abfederung, wenn nur Justiz und Polizei das Eigentum zu sichern verstünden. Ungleichheit sei vielmehr der Motor für Aktivität und Wachstum, das wiederum allen zugute käme, ohne dass der Staat eingzugreifen oder gar Umverteilungen vorzunehmen habe.

Dieses neoliberale Modell setzte sich vor allem im angelsächsischen Raum rasch durch und prägte dank eindrucklicher Erfolge der amerikanischen Wirtschaft auch den europäischen Einigungsprozess, obwohl die nationalstaatliche Politik auf dem alten Kontinent dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft noch lange verhaftet blieb. Was die Schweiz betrifft, so wurde die neue Lehre von der politischen Rechten und namhaften Exponenten in Wissenschaft und Publizistik zwar dankbar aufgegriffen (vgl. „Weissbuch“ 1995); die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben, das Knacken von Kartellen und die Durchsetzung eines freien Wettbewerbs erwiesen sich jedoch

angesichts etablierter Interessen in der Praxis als recht mühsam. Die Ordnungsrufe zu einer konsequenten Ordnungspolitik fruchteten wenig. Marktfundamentalisten orteten zähen Widerstand auch in den föderalistischen und direktdemokratischen Strukturen unseres politischen Systems und malten in den wachstumsschwachen 1990er Jahre den Niedergang der Schweizer Wirtschaft (die ihre Investitionen ausserhalb der Landesgrenzen tätigte) an die Wand. Immerhin, im Zeichen des Neoliberalismus erfuhren die Schweizer Märkte eine gewisse Öffnung, und manche Bereiche, auch der Staat mit seinen Betrieben, mussten sich im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit und Managementfähigkeit zum Teil neu organisieren. Als treibende Kraft auch für das New Public Management wirkte dabei immer wieder die Knappheit der verfügbaren Finanzen.

Die moderne Wirtschaftsgesellschaft, ob sie nun stärker durch den Markt oder durch die Politik gesteuert wird, lässt sich als ein System beschreiben, dessen Rationalität immer wieder diskutiert werden muss. Heute geht es darum, nach einer Synthese zu suchen, die einer systemischen Sicht der Nachhaltigkeit verpflichtet ist, im Sinne der verdrängten Dialektik das Positive der Sozialen Marktwirtschaft und das Positive des Ordoliberalismus in sich aufhebt und so zu emergenten neuen Lösungen findet. Die Sozialwissenschaftler des 19. und 20. Jahrhunderts (insbesondere Max Weber, 1864-1920) haben damals aus ihrer Sicht und mit gutem Grund die Herausbildung der Zweckrationalität als wichtigstes Charakteristikum des Modernisierungsprozesses betont. Menschliches Handeln in diesem System sollte deshalb immer rationaler und berechenbarer werden. Auf dieser Hypothese basiert auch die moderne Ökonomie als Wissenschaft. Aber Systemkrisen, wie wir sie heute erleben, relativieren diese wissenschaftliche Rationalität, wie elitär und mathematisch hochgestochen ihre (Risiko)Modelle auch daherkommen mögen. Das Zweckrationale in unserem Denken und Handeln ruht auf tieferen Schichten der individuellen und phylogenetischen Entwicklung. Wirtschaft ist nicht nur eine rationale, sondern eine zutiefst kulturelle Angelegenheit, in der auch immer wieder gewisse anthropologische Konstanten durchzuschimmern vermögen.

Georg Simmel (1858-1918), zusammen mit Max Weber einer der Begründer der modernen Soziologie, hat in seinem 1900 erschienenen Werk „Die Philosophie des Geldes“ die Geldwirtschaft als zentrales Movens der Moderne beschrieben und gezeigt, wie Geld als universaler Wertmassstab – letztlich auch für die Zeit – die Individualisierung und Rationalisierung der Gesellschaft vorangetrieben hat. Er wertet diese Entwicklung durchaus als Fortschritt und Freiheitsgewinn gegenüber den Bindungen und Zwängen traditionaler Gesellschaften. Er stellt aber auch die Frage, ob das Geld durch seine zentrale Funktion als idealstes Mittel der sachlichen, räumlichen und zeitlichen Wertübertragung nicht einen gefährlichen Eigenwert erhält, der den Rationalitäts- und Freiheitsgewinn der Moderne letztlich wieder aufs Spiel setzen könnte.

Diese kritische Frage zur „Doppelrolle des Geldes“ (Simmel) ist heute aktueller denn je. Gerade die Debatte über den Vertrauensverlust durch die Managerlöhne und Boni insbesondere aber nicht nur in der Finanzindustrie weckt den Verdacht, dass es sich bei den ökonomischen Erklärungen dazu wohl eher um Rationalisierungsversuche für quasi „vormoderne“ Motive wie Machtgewinn, Ansehen, Selbstwertgefühl oder gar Gier handeln könnte, was ja zur „Refeudalisierung“ unserer Gesellschaft, die einem manchmal das republikanische Blut in den Adern gerinnen lässt, in gewissem Sinne noch passen würde. Vielleicht spiegelt sich in diesen Erscheinungen aber auch eine

andere anthropologische Konstante, die in Maslows Bedürfnispyramide vergessen ging: das Spiel, das nach erfolgreicher Existenzsicherung als Sinngabe auftaucht, plötzlich zum heiligen Ernst wird und damit auch Suchtstrukturen bedienen kann. Der Begriff des „Casinokapitalismus“ wäre dann gar nicht so falsch, und im Sinne des grossen Kulturhistorikers Jan Huizinga hätten wir einen weiteren Beleg für dessen Alterswerk „Homo ludens“ (1938) gefunden, in dem er das Spiel als ein zentrales Element der historischen Entwicklung und der Sinnfindung des Menschen beschreibt. Allerdings ist es immer auch eine Frage der Moral, ob man sich an die Spielregeln hält, und es wird eine zentrale Aufgabe der modernen Ethik sein, die erlaubten Spielfelder besser zu umreissen.

Verwendete und weiterführende Literatur

- Année politique suisse.../Schweizerische Politik im Jahre... (1965 – 2006) Bern: Institut für Politikwissenschaft
- Avenir Suisse (2007) Aufschwung als Reformchance. Zürich: NZZ
- Baumann, Claude/Rutsch, Werner (2008) Swiss Banking – wie weiter? Zürich: NZZ
- Cassis, Youssef (2007) Metropolen des Kapitals. Die Geschichte der internationalen Finanzzentren 1780-2005. Hamburg: Murmann
- Dejung, Christoph (2008) Widerspruch. Auch eine Schweizer Geschichte seit 1945. Frauenfeld: Huber
- Diem Meier, Markus (2005) Was heisst hier liberal? Warum die Untergangspropheten falsch liegen und die Schweiz zu beneiden bleibt. Zürich: Rüeegg
- Eberle, Thomas S./Imhof, Kurt (Hrsg.) (2000) Sonderfall Schweiz. Zürich: Seismo
- Gilg, Peter/Hablützel, Peter (1986) Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945) = Kapitel 9 in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer. 2. Aufl., Basel: Helbing und Lichtenhahn: 821-968
- Hablützel, Peter (1984) Staatsverschuldung. Die hintertriebene Sanierung der Bundesfinanzen, Basel: Helbing und Lichtenhahn
- Hablützel, Peter (1986) Regierungsparteiengespräche im schweizerischen Konkordanzsystem. In: SJPW: 273-292
- Hablützel, Peter (2008a) Verwaltungsmodernisierung und Personalentwicklung. Vom New Public Management zum kulturellen Lernprozess. In: Thom, Norbert/Zaugg, Robert (Hrsg.) Moderne Personalentwicklung. 3. Aufl., Wiesbaden: Gabler: 345-354
- Hablützel, Peter (2008b) Bürokratie – Management – Governance. Betrachtungen zur Entwicklung von Politik und Verwaltung in der Schweiz. In: von Maravic, Patrick/Priddat, Birger (Hrsg.) Öffentlich – Privat: Verwaltung als Schnittstellenmanagement. Marburg: Metropolis: 233-263
- Imhof, Kurt/Eberle, Thomas (Hrsg.) (2005) Triumph und Elend des Neoliberalismus. Zürich: Seismo
- Kaelble, Hartmut (2007) Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart. München: Beck

Linder, Wolf (1999) Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven. Bern: Haupt

Maissen, Thomas (2005) Verweigerte Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und Schweizer Weltkriegsdebatte 1989-2004. Zürich: NZZ

Mugglin, Markus (2005) Gegendarstellung. Wer die Schweizer Wirtschaft bremst. Zürich: Xanthippe

Reichmuth, Karl et al. (2008) Weg aus der Finanzkrise. Entscheid und Haftung wieder zusammenführen. Zürich: NZZ

Rentsch, Hans et al. (2004) Ökonomik der Reform. Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz Zürich: NZZ

Scholtz, Hanno/Nollert, Michael (Hrsg.) (2007) Schweizer Wirtschaft – ein Sonderfall? Zürich: Seismo

Schweizerische Nationalbank (2007) Die Schweizerische Nationalbank 1907-2007. Zürich: NZZ

Strahm, Rudolf H. (2008) Warum wir so reich sind. Wirtschaftsbuch Schweiz, Bern: hep

Straumann, Tobias (2006) Der kleine Gigant. Der Aufstieg Zürichs zu einem internationalen Finanzplatz. In: Deutsche Bundesbank (Hrsg.) Europäische Finanzplätze im Wettbewerb. Stuttgart: Franz Steiner: 139-169

Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (2002) Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht. Zürich: Pendo

Widmer, Paul (2007) Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen. Geschichte. Gestaltung, Zürich: NZZ

21.11.08

Dr. Peter Hablützel
Hablützel Consulting Bern
Gerechtigkeitsgasse 43
3011 Bern
0041 79 244 51 72
peter@habluetzel-consulting.ch